

## **Gemeinsames Engagement bringt Erfolg – Ausbildungsabgabe schadet!**

### **IHK-Ausbildungsplatzoffensive 2004**

**Resolution der IHK-Vollversammlung vom 22. April 2004**

#### **IHK setzt Ausbildungsinitiative fort**

Die IHK Saarland hält auch im Ausbildungsjahr 2004 an dem Ziel fest, jedem ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen Jugendlichen eine Chance auf Ausbildung zu bieten. Die IHK-Vollversammlung appelliert deshalb an die Unternehmen der Saarwirtschaft, weiterhin alle Möglichkeiten auszuschöpfen, junge Menschen auszubilden.

Nach Einschätzung der IHK-Vollversammlung bleibt die Situation auf dem Ausbildungsmarkt auch in diesem Jahr schwierig. Die Konjunktur erholt sich nur schleppend. Die Zahl der Insolvenzen liegt weiterhin auf Rekordniveau. Die Entwicklung bei der Beschäftigung zeigt tendenziell noch nach unten. Die Qualifikation vieler Schulabsolventen lässt stark zu wünschen übrig. Der Anteil der Jugendlichen ohne Schulabschluss ist mit rund zehn Prozent erschreckend hoch. Hinzu kommt, dass die Diskussion um die Ausbildungsabgabe die Unternehmen verunsichert und bereits im Vorfeld erheblich schadet.

#### **IHK-Agenda 5+5**

Die IHK Saarland wird ihre Anstrengungen in der beruflichen Ausbildung auch in 2004 mit voller Kraft fortsetzen. Sie wird hierzu eine „IHK-Agenda 5+5“ umsetzen, die neben fünf Elementen einer bundesweiten IHK-Kampagne fünf zusätzliche Maßnahmen enthält, die auf den saarländischen Ausbildungsmarkt zugeschnitten sind. Zu dieser Agenda gehören ein offensives Marketing für die Bereitstellung zusätzlicher Ausbildungsplätze, die gezielte Ansprache und Unterstützung von Unternehmen, die bisher noch nicht ausbilden, eine Informationskampagne auf Kreisebene, die Förderung der Verbundausbildung, gezielte Maßnahmen zur Einstiegsqualifizierung von bedingt ausbildungsfähigen Jugendlichen, die gezielte Werbung für neue Ausbildungsberufe, die Unterstützung der Unternehmen bei der Auswahl geeigneter Bewerber, die Durchführung von „Endspurtbörsen“ im Oktober sowie die

engagierte Mitwirkung in den gemeinsamen Initiativen „Allianz für mehr Ausbildung“ und „Lehrstelle jetzt“.

## **Erfolg durch gemeinsames Engagement**

Das gemeinsame Engagement aller Beteiligten ist nach Auffassung der Vollversammlung der einzig Erfolg versprechende Weg, erneut einen Ausgleich auf dem saarländischen Ausbildungsmarkt herbeizuführen. Die Erfolge des Jahres 2003 machen Mut für 2004:

Unser Land erreichte bei der Ausbildungsdichte (Ausbildungsverträge je 1.000 Einwohner) erneut den höchsten Wert aller westdeutschen Flächenländer.

Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge lag zum Jahresende um 1,8 Prozent über dem Vorjahreswert. Im IHK-Bereich betrug der Zuwachs sogar 4,9 Prozent.

Die Vollversammlung dankt allen Unternehmen, die zu diesem guten Ergebnis beigetragen haben.

## **Ausbildungsabgabe in hohem Maße kontraproduktiv**

Als äußerst schädlich erweist sich aus der Sicht der Vollversammlung die aktuelle Diskussion um die Einführung einer „Berufsausbildungssicherungsabgabe“. Sie wirkt sich bereits jetzt spürbar negativ auf die Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen aus. Die IHK-Vollversammlung appelliert deshalb an die Bundesregierung, diese unsinnige Gesetzesinitiative schnellstmöglich zu stoppen.

Für den Fall einer Umsetzung dieser Initiative sieht die Vollversammlung weitreichende Gefahren: Die Unternehmen würden aus ihrer gesellschaftspolitischen Verantwortung entlassen. Es müsste ein bürokratisches Monstrum aufgebaut werden, das einen beträchtlichen Teil des Mittelaufkommens verschlingen würde. Die Abgabe wäre in hohem Maße ungerecht: Auch Unternehmen, die ausbilden wollten, aber keine geeigneten Bewerber fänden, müssten zahlen. Im Ergebnis würde die Abgabe zu einer schleichenden Aushöhlung des bewährten Systems der dualen Ausbildung führen. Die Ausbildung würde mehr und mehr am Bedarf der Wirtschaft vorbeilaufen. Überdies würde die Abgabe den Faktor Arbeit weiter verteuern und damit weitere Arbeitsplätze gefährden. Insgesamt geht von dem Gesetzesvorhaben das fatale Signal aus, dass Deutschland verstärkt auf staatliche Intervention statt auf Markt und Wettbewerb setzt. Das wirkt abschreckend auf in- und ausländische Investoren.

Die Vollversammlung appelliert deshalb an alle saarländischen Bundestagsabgeordneten, gegen jede Form einer Ausbildungsplatzabgabe zu stimmen.

## **An den Ursachen ansetzen statt an den Symptomen kurieren**

Wenn die Politik einen nachhaltigen Ausgleich auf dem Ausbildungsmarkt sichern will, muss sie an den Ursachen des Problems ansetzen, statt mit einem untauglichen Instrument an den Symptomen zu kurieren.

Die wichtigsten Voraussetzungen für mehr Ausbildungsplätze sind nach Auffassung der IHK-Vollversammlung eine wachstumsfördernde Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik und eine beschäftigungsorientierte Tarifpolitik. Notwendig ist es zudem, die Rahmenbedingungen für die schulische und berufliche Ausbildung weiter zu verbessern. Insbesondere gilt es, mehr Berufsbilder für praktisch Begabte anzubieten, die Qualitätsoffensive an den Schulen forciert fortzuführen, für eine höhere Flexibilität der Jugendlichen bei Berufswahl und Ausbildungsort zu werben, die Ausbildungsvergütungen einzufrieren und die Übernahmeverpflichtungen aufzuheben.